

Schwerpunkt Kleine Anfragen

**Zubringer in Ruggell
Baubeginn soll
im Frühling 2020
möglich sein**

RUGGELL Schon seit vielen Jahren bemüht sich die Gemeinde Ruggell um die Realisierung eines Kreisel am Ortseingang, um den Verkehrszugang ins Industriegebiet zu verbessern. Hier sei geplant, die Landstrasse in drei Etappen zu erneuern, wie Regierungschefstv. Daniel Risch nach einer Kleinen Anfrage von Norman Walch sagte. Gespräche betreffend das Normalprofil hätten einen Baubeginn bisher verzögert. «Sofern man diesbezüglich einig wird, ist ein Baubeginn im Frühjahr 2020 möglich», so Risch. (hm)

**Kinderpornografie
Strafrahmen sei
derzeit ausreichend**

VADUZ Bei Gerichtsurteilen sorgt eine Frage immer wieder für Diskussionen: Ist denn nun die Strafe angemessen oder zu mild ausgefallen? Auch Manfred Kaufmann (VU) beschäftigte dies in einem «besonders schweren Fall von Kinderpornografie», wie er in einer Kleinen Anfrage meinte. Das Landgericht verurteilte einen jungen Mann am 1. Oktober zu einer bedingten Freiheitsstrafe von sechs Monaten und einer Strafe von 1800 Franken. «In der Öffentlichkeit führen solche weichen Strafurteile zu Unverständnis und können vielfach nicht nachvollzogen werden», so Kaufmann. Er fragt sich, ob der gesetzliche Strafrahmen von zwei Jahren ausreichend ist. Justizministerin Katrin Eggenberger sah hier keinen Handlungsbedarf. Dem Täter sei eine Therapie auferlegt worden. Falls er sich in drei Jahren wieder etwas zu Schulden kommen lässt, muss er ins Gefängnis. Bei der Geldstrafe müsse zudem der Hintergrund beachtet werden. Eggenberger führte aus, dass die vermeintlich geringe Geldstrafe dem Umstand geschuldet sei, dass der Täter lediglich ein geringes Einkommen habe. Ansonsten wäre sie um ein Vielfaches höher ausgefallen. (df)

**Abklärungen laufen
Hält Flixbus bald
beim Stadion?**

VADUZ Flixbus ist an einem Halt in Liechtenstein interessiert. Derzeit laufen Abklärungen zwischen der Gemeinde Vaduz, dem Amt für Bau und Infrastruktur sowie Flixbus, ob die Fernbuslinie einen Halt für die Linie zwischen München und Mailand beim Rheinpark-Stadion bekommt. (df)

Hälfte der Sitze in Linienbussen bleibt durchschnittlich frei

Öffentlicher Verkehr Im Durchschnitt steigen werktags 22 Personen in einen Kurs der LIEmobil ein, wie eine Kleine Anfrage von Thomas Lageder ans Licht bringt. Dies entspreche einer mittleren Auslastung der Sitzplätze von 50 Prozent.

VON HANNES MATT

Das Thema Verkehr ist das Sorgenkind Liechtensteins. Hier gilt es auch ausserhalb der bekannten Denkmuster nach Lösungen zu suchen. Wohl deshalb nahm Thomas Lageder (FL) eine Aussage des Wirtschaftskammerpräsidenten Rainer Ritter in eine Kleine Anfrage auf: Dieser hatte provokant eine separate Busspur von Ruggell bis Balzers entlang des Rheindamms vorgeschlagen, mit Querverbindungen in die Dorfzentren mit Fahrrädern oder Kleinbussen. Eine Idee, die gefällt? Leider nein. «Dies würde die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs massiv einschränken und wenig nutzerfreundlich gestalten», so Verkehrsminister Daniel Risch. «Der ÖV gehört grundsätzlich in die Zentren und der MIV eher an periphere Lagen.» Zudem fragte Lageder nach, ob die Busse wirklich so schlecht ausgelastet sind, wie Rainer Ritter mit den Worten «oftmals fahren Gelenkbusse und Doppelstöcker fast leer auf den Strassen und brauchen



Durchschnittlich 15 800 Personen nutzen die LIEmobil an einem Werktag. (Foto: MZ)

viel Platz im Verkehr» bemerkt hat. Der Schein trügt. «Im Durchschnitt steigen werktags 22 Personen in einen Kurs ein. Dies entspricht einer mittleren Auslastung der Sitzplätze von 50 Prozent», gibt Risch Auskunft. Die Auslastung variere jedoch nach Jahreszeit, Tageszeit, Linie, Fahrtrichtung und Ort. Es gebe deshalb auch Fahrten mit sehr

wenigen Fahrgästen. Heute würden an einem Werktag durchschnittlich 15 800 Personen den Bus nutzen. Und was passiert, wenn es keinen gäbe? Risch nennt als Beispiel den Abschnitt Vaduz-Schaan. «Gemäss Zählstelle verkehren dort täglich 15 367 Fahrzeuge, was im Normalfall etwa derselben Anzahl von Personen entspricht», so der Verkehrsminister.

LIEmobil befördere rund 20 Prozent der Personen auf diesem Abschnitt. Daniel Risch: «Würde LIEmobil den Betrieb an einem Werktag einstellen, würde der Verkehr somit um 25 Prozent steigen. Der Stau würde entsprechend wachsen.»

Patrick Risch (FL) fragte bei der Regierung auch noch nach, ob bei der kommenden Sanierung der Rheinbrücke Schaan-Buchs eine Verlängerung der Busspur eingeplant sei. Die Antwort war Nein. «Die Verlängerung der Busspur würde auf Kosten einer Fahrbahn geschehen. Dies bedeutet den Wegfall des Stauraumes sowie der Verflechtungsspur», so der Verkehrsminister. «Fahrzeuge, welche auf der A 13 von Süden her kommen, hätten bei Stau Mühe, auf die Brücke zu gelangen.» Nun würden Varianten geprüft, die dem Busverkehr dort trotzdem einen Mehrwert bieten könnten. Risch: «Eine Verbesserung der Verbindung von Buchs nach Schaan könnte mit dem Ausbau der S-Bahn erfolgen. Diese benötigt unabhängig vom Verkehr nur drei Minuten von Buchs nach Schaan.»

Lehrverträge unter 18: Mehrheit mit Höchstarbeitszeiten über 40 Stunden

Lehrlinge Noch nicht volljährige Arbeitnehmer dürfen höchstens 40 Stunden pro Woche beschäftigt sein. Wie kann es dann sein, dass die grosse Mehrheit Lehrverträge mit Höchstarbeitszeiten von über 40 Stunden hat?

VON HANNES MATT

Eine Verordnung über den Schutz der jugendlichen Arbeitnehmer schreibt vor, dass schulentlassene Jugendliche nicht länger als die berufliche Arbeitszeit und höchstens 40 Stunden pro Woche beschäftigt werden dürfen. Wie Alexander Batliner (FBP) aufgefallen ist, werde diese Höchstarbeitszeit von 40 Stunden jedoch nicht durchgehend eingehalten. So hätte das zuständige Amt für Berufsbildung und Berufs-

beratung (ABB) gar Lehrverträge genehmigt, in welchen eine Arbeitszeit von bis zu 44 Stunden pro Woche vorgeschrieben sind. Und tatsächlich: Laut Regierungsrätin Dominique Hasler hat die grosse Mehrheit (536 der derzeit 835 Lernenden unter 18 Jahren) Lehrverträge, bei denen die wöchentliche Höchstarbeitszeit über 40 Stunden liegt - insbesondere ist dies in den Sektoren Gewerbe, Gesundheit, Industrie oder den Banken der Fall.

Das bedeutet aber nicht, dass die Jugendlichen mehr als 40 Stunden pro Woche arbeiten - zumindest nicht im Gesamtdurchschnitt. Wie Dominique Hasler die Kleine Anfrage beantwortete, gebe es die sogenannte Vorholzeitregelung: «Die Bestimmung lässt eine längere Wochenarbeitszeit zu, insofern diese Vorholzeit für Brückentage, nicht gesetzliche freie

Tage etc. berücksichtigt und diese «Gleitzeit» wieder innert Frist kompensiert werden kann.» Zudem könne in Ausnahmefällen oder in Fällen, in denen dies durch objektive Gründe gerechtfertigt ist, von der Höchstarbeitszeit abgewichen werden - laut Ministerium würden dann mit den Betroffenen und dem ABB entsprechende Massnahmen festgelegt. Die maximale Arbeitszeit dürfe die im Gesetz festgelegten 45 Stunden für Arbeitnehmer in industriellen Betrieben sowie für Büropersonal, technische und andere Angestellte, mit Einschluss des Verkaufspersonals in Grossbetrieben des Detailhandels sowie die definierten 48 Stunden für alle übrigen Arbeitnehmer festgelegte Höchstarbeitszeit jedoch nicht überschreiten.



Ministerin Dominique Hasler. (Foto: MZ)

«Überarz tung»**Höhere Kosten: 24
Ärzte unter der Lupe**

VADUZ Seit der KVG-Revision und der Einführung des Tarmed kann der Liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV) Wirtschaftlichkeitsverfahren in Fällen von «Überarz tung» einfacher durchführen, da die abgerechneten Leistungen einfacher zu vergleichen sind. In einer Kleinen Anfrage erkundigte sich Wendelin Lampert (FBP) im Dezember-Landtag, wie viele solcher Verfahren derzeit durchgeführt werden. Die Antwort gleicht jener auf eine ähnliche Anfrage von vor einem Jahr: Derzeit läuft kein Verfahren, es werden aber Vorabklärungen getroffen. Der LKV habe 24 Ärzte kontaktiert, die 2017 einen erhöhten Kostenindex ausgewiesen haben. Auch die Kosten anderer Leistungserbringer würden beobachtet und wo notwendig Gespräche geführt, Rückforderungen platziert und Verfahren eingeleitet. Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini betonte jedoch den Präventiveffekt durch die vorhandenen Kontrollen. (df)

ANZEIGE

Wie bleibt Liechtenstein mobil?

Öffentliche Podiumsdiskussion über Mobilitätsbedürfnisse und die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Land.

Montag, den 9. Dezember, 18.30 Uhr,
im SAL in Schaan

Programm

Vorstellung der Erkenntnisse aus der Mobilitätsbefragung durch Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch und Wilfried Marxer, Forschungsleiter am Liechtenstein-Institut. Auf dem Podium diskutieren Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch; Gemeindevorsteher Daniel Hilti; Daniel Oehry, LIHK; Jürgen Frick, LIEmobil; Georg Sele, VCL; Heinz Felder, Automobilclub; Moderation Petra J. Matt. Anschliessend Apéro

